

MfS

MfS - Sekretariat d. Ministers (Min.)

DER BUNDEKAMMERTRAGTE
für die Verwaltung der Zentralstelle
- Zentralstelle -

BStU
Archiv der Zentralstelle



MfS Sekr.d.Min.

Nr. 576

BSU
000001

Streng geheim!

Berlin, am 2. Dezember 1964
angef. in 2 Ex.

B e r i c h t

über die Besprechungen im Komitee für Staatssicherheit der UdSSR am 30. November/1. Dezember 1964

An den auf Initiative des MfS der DDR geführten Besprechungen nahmen teil

von sowjetischer Seite: Genosse Semitschastny,
Vorsitzender des Komitees,
Genosse Sacharowski,
Leiter der Hauptverwaltung 1,
Genosse Pawlow,
stellv. Leiter der Hauptverwaltung 1,
Genosse Skomorochin,
Abteilungsleiter in der Hauptverwaltung 1,
Genosse Baskrowny,
Leiter des Apparates des KfS in der DDR;

von Seiten des MfS der DDR: Genosse Mielke
Genosse Wolf.

Es wurde an beiden Tagen je eine Aussprache in dem obengenannten Kreis geführt, darüber hinaus fanden Einzelaussprachen mit dem stellv. Leiter der Hauptverwaltung 2, Genossen Babkow, dem stellv. Leiter der Mob-Abteilung, Genossen Piskunow, und bei Genossen Sacharowski unter Hinzuziehung des Leiters der Afrika-Abteilung, Genossen Windgrađow, und des stellv. Leiters der Informationsabteilung, Genossen ... Sitnikow....., statt.

Entsprechend dem von uns vorgeschlagenen Fragespiegel machte Genosse Semitschastny Ausführungen zu folgenden Fragen:

I. Zur internationalen Lage.

Einschätzung der Politik der USA-Regierung.

Die Regierung Johnson erarbeitet z.Z. die Grundlagen ihrer Außenpolitik. Der Wahlsieg Johnsons ist der größte jemals von einem amerikanischen Präsidenten errungene, wobei die 20 Mio Stimmen für Goldwater nicht übersehen werden können. Die USA-Regierung wird dabei die Veränderungen in der Spitze der Sowjetunion, die Veränderungen in Großbritannien, die Atombombenexplosion in China und die Haltung de Gaulles berücksichtigen müssen.

Die USA-Regierung wird voraussichtlich eine Reihe von härteren Maßnahmen praktizieren. Das zeigt sich z.B. bei der Kampagne gegen die angeblichen sowjetischen Schulden gegenüber der Organisation der UN; dabei wird ein Druck auf die nichtpaktgebundenen Staaten und den Generalsekretär U Thant ausgeübt. In dieser Frage ist kein Kompromiß abzusehen. Die USA verfolgen dabei einen harten Kurs und scheinen bereit, bis zum Äußersten zu gehen. Ein ähnlicher Kurs zeigt sich im Kongo und in Vietnam.

Wenn durch den Wahlausgang auch eine bestimmte Stärkung der rechten Kräfte zu verzeichnen ist, verstehen die USA, daß eine akute Verschärfung nicht zweckmäßig ist, da sich dann die sozialistischen und andere Staaten enger zusammenschließen würden. Aus diesem Grunde müssen die USA laviieren.

Die Verantwortlichen in den USA wissen genau, daß ein Kernwaffenkrieg für sie tödlich wäre. Sie bemühen sich aber, in ihrem Sinne Einfluß auf das Kräfteverhältnis zu nehmen. Deshalb muß mit einem Fortgang (wenn auch verlangsamt) des Rüstungswettlaufs gerechnet werden, mit Versuchen zur weiteren Stärkung der NATO und Bemühungen um eine Spaltung des sozialistischen Lagers. Dabei bauen die USA auf bestimmte nationalistische Tendenzen.

Wilson habe in den USA besonders zu der Frage gesprochen, wie nationalistische Tendenzen innerhalb europäischer sozialistischer Länder besser ausgenutzt werden könnten.

Die USA verlegen 1 bis 2 Divisionen zusätzlich nach Südvietnam, führen Luftangriffe gegen die Nachschubbasen der Befreiungsbewegung außerhalb von Südvietnam. Das Kommuniqué über die Besprechung Johnson/Taylor sage zwar über die Absicht nichts aus, in der Praxis führen hier die USA einen Kurs auf die Verschärfung. Über kurz oder lang würden aber die USA einer Neutralisierung Südvietnams zustimmen müssen. In der Demokratischen Republik Vietnam gebe es ebenfalls Tendenzen für Verhandlungen in dieser Frage. Peking sei aber dagegen und fordere auf Kosten des vietnamesischen Volkes den Kampf bis zum endgültigen Sieg. Die Führung der DRV äußere z.T. offen gegenüber den Chinesen ihre Unzufriedenheit mit der chinesischen Hilfe, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Krieg bürde der DRV große Lasten auf.

Gegenüber Kuba sei seitens der USA kein offener Angriff mit eigenen Kräften zu erwarten. Dagegen würde die kubanische Konterrevolution, die im Lande weitgehend zerschlagen ist, besonders außerhalb Kubas von den USA aktiv unterstützt. Die USA verschärfen die Wirtschaftsblockade, um im Innern Unzufriedenheit auszulösen. Nicht

ausgeschlossen seien aggressive Aktionen seitens einer Gruppe anderer lateinamerikanischer Länder, ausgelöst durch bestimmte Provokationen. Ein solcher Plan sei von militärischen Vertretern einiger dieser Länder beraten worden.

In den Beziehungen zu der UdSSR bemühen sich die USA um Verhandlungen und Übereinkommen in einigen Fragen. In einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter habe Vizepräsident Humphrey sehr positive Äußerungen gemacht, deren Wert allerdings bedingt sei. Die USA wollen das Verhältnis verbessern. Dem stehe aber ihre Haltung in der Frage der Finanzierung der UN entgegen.

Die Konferenz mit einer großen Zahl gewichtiger USA-Geschäftsleute und Großkapitalisten in Moskau und andere Tatsachen zeigen, daß die USA z.Z. die Möglichkeit der Erweiterung der Handelsbeziehungen prüfen. Die offizielle Linie ist, dies ohne Eile zu tun. Anfang 1965 werde möglicherweise das Konsularabkommen unterzeichnet. Die Amerikaner messen dem unlängst abgeschlossenen Abkommen über die Gewinnung von Süßwasser aus dem Meer große Bedeutung bei. Die Verhandlungen über die direkte Flugverbindung UdSSR/USA sind sehr langwierig. Alles zeige, daß die USA eine Verschärfung vermeiden wollen, aber dabei wenig praktische Schritte unternehmen.

Mit sehr großen Schwierigkeiten ist zu rechnen und große Anstrengungen sind erforderlich in solchen Fragen wie der Abrüstung, der Lösung der Nachkriegsprobleme in Europa, der Verhinderung der Atombewaffnung Westdeutschlands und bei anderen europäischen Fragen. Darin ist kein rascher Fortschritt zu erwarten.

Zur Haltung der britischen Labour-Regierung.

Die Regierung Wilson geht von einer gewissen Entspannung aus. Ihre Haupttaktik ist: Elastizität und Festigkeit. Sie ist für friedliche Koexistenz, insbesondere im Handel. Sie tritt mit einer eigenen Meinung und eigenen Maßnahmen in Erscheinung. Im Interesse einer Entspannung muß nach ihrer Auffassung das westliche Bündnis gefestigt werden.

Vor den Wahlen sei Wilson mit einer eigenen Meinung gegenüber der DDR hervorgetreten, ob dies praktische Konsequenzen habe, sei unbekannt.

Ein gewisses Interesse besteht an der Abrüstung, wo die Labour-Regierung in Einzelfragen gewisse Voraussetzungen für Lösungen sieht. Die Labour-Regierung ist gegen jeden Kernwaffenkrieg und tritt im Prinzip für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen ein - auch mit Einbeziehung beider deutscher Staaten.

Entgegen ihrer Haltung vor den Wahlen tritt sie nach außen jetzt für die MLF mit Vorbehalten ein. Sie verfolgt dabei wahrscheinlich eine besondere Taktik, glaubt nicht an die Möglichkeit der MLF und bremst das Zustandekommen.

Zur Haltung de Gaulles.

Sie ist bekannt und wird offen dargelegt. Sein Hauptziel besteht in der Beseitigung der amerikanischen Vorherrschaft und in der Bildung einer westeuropäischen militärischen Union mit dem französisch-westdeutschen Bündnis als Kern. Die Pläne des Gaulles sind gefährdet durch die

entschiedenen Gegenmaßnahmen seitens der USA und Westdeutschlands. Die USA wollen weder ihren Einfluß teilen noch eine Zunahme der Rolle Frankreichs. Wegen Unterstützung der USA-Linie sei de Gaulles auf Erhard böse. Nach zuverlässigen Informationen werde die französische Regierung absolut gegen die Schaffung der MLF mit allen Konsequenzen eintreten. Die Haltung der britischen Regierung sei ebenfalls gegen die Pläne de Gaulles gerichtet.

Die westdeutsche Bundesregierung sei gegen die profranzösische Orientierung und unterstütze klar die Linie der USA.

Es hat sich ein scharfer Gegensatz Frankreichs mit den anderen Westmächten herausgebildet, wodurch eine komplizierte Lage in der NATO entstanden ist. Interessant sei die Reise de Gaulles nach Lateinamerika. Vorläufig seien die Bemühungen Frankreichs ohne Ergebnis, Frankreich ist in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage und unternimmt gewisse Versuche der Annäherung mit der Sowjetunion besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Man habe auch ein Interesse an gemeinsamen Entwicklungen bei der Herstellung von Passagierflugzeugen für große Höhen und beim Farbfernsehen gezeigt. Interessant war der Besuch des Informationsministers Palewski in der Sowjetunion. Diese Linie sei auch bei den Begegnungen mit hohen Regierungsvertretern Rumäniens, Bulgariens und der CSSR in Paris zu erkennen. Ein gewisses Interesse bestehe auch am Handel mit der DDR. Frankreich habe als eines der ersten Länder Handels- und Kreditverträge mit der UdSSR abgeschlossen.

Diese Linie sei nicht ohne Hintergedanken in der Frage der Ausnutzung nationalistischer Tendenzen zur Schaffung von Gegensätzen im sozialistischen Lager. Was mit Rumänien wirklich besprochen wurde, sei nicht bekannt, aber die erfolgten Lancierungen zeigten die Tendenz. Das zeige sich auch bei der ideologischen Diversion.

Zur Haltung der westdeutschen Bundesregierung.

(Genosse Semitschastny machte die Bemerkung, daß wir darüber besser informiert wären).

Seitens der Westmächte ist keine Initiative zur Regelung der europäischen Nachkriegsfragen, besonders in der Westberlinfrage, zu erwarten. Die westdeutsche Regierung will bei den Westmächten Verhandlungen über die Deutschlandfrage auf der Grundlage ihrer Konzeption der "Selbstbestimmung" erzwingen. Das schafft eine Unsicherheit bei den Vertretern der anderen Westmächte, die sich auch bei dem Wechsel in der Spitze der Sowjetunion zeigte. So hat die Haltung Westdeutschlands auch Schwierigkeiten bei der Vorbereitung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen im Weltraum geschaffen. Die Westmächte hätten Angst, daß die Sowjetunion ganz davon zurücktreten könnte.

Die westdeutsche Bundesregierung plant stärkere Aktivitäten in ihren Beziehungen zur Volksrepublik China und den europäischen sozialistischen Ländern. Sie will die sowjetisch-chinesischen Gegensätze und die Bereitschaft Chinas zur Normalisierung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik ausnutzen.

Die Bundesregierung prüft ihre Haltung gegenüber der DDR. Dabei sind heimtückischere Methoden zu erwarten.

Auf Grund der wachsenden Gegensätze in der NATO buhlt die westdeutsche Regierung um die Gunst der USA, u.a. durch finanzielles Entgegenkommen. Es wachsen die Gegensätze mit Frankreich und England, z.B. wegen der englischen Vorschläge zur MLF. Der Druck de Gaulles hat eine komplizierte Lage geschaffen. Deshalb prüft die westdeutsche Bundesregierung z.Z. noch ihre Linie in diesen Fragen.

Der NATO-Ratstagung im Dezember wird eine große Bedeutung zukommen. Die Tagesordnung sieht eine Einschätzung der internationalen Lage durch Rusk in Verbindung mit Expertenvorträgen vor, einen Bericht des Generalsekretärs Brosio über den Stand der Zusammenarbeit innerhalb der NATO mit Behandlung der Vorschläge zur Reorganisation der NATO, einen Vortrag des Vorsitzenden des Ständigen Militärausschusses der NATO über das Potential der sozialistischen Länder, Berichte der NATO-Befehlshaber und des Militärkomitees über die Kampfbereitschaft der NATO 1964, einen Bericht Brosios über die strategische Konzeption, einen Vortrag der amerikanischen Kommission über die Vorbereitung der MLF, einen Vortrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen und militärtechnischen Forschung, die Bestätigung des Jahresberichts der NATO und eine Beschlußfassung über die entsprechenden Vorschläge.

Die Gegensätze in der NATO zeigen sich am deutlichsten in der Frage der NATO-Strategie. Ausführliche Darlegung über die amerikanische Strategie der flexiblen Reaktion (ist bekannt). Daraus ergibt sich der Hauptgegensatz mit Frankreich, das die Auffassung vertritt, daß die USA Europa nicht mit Einsatz ihres strategischen Kernwaffenpotentials verteidigen wollen.

Westdeutschland ist im Prinzip für die französische Konzeption, will sie aber mit der der USA in Übereinstimmung bringen.

Die amerikanische Konzeption sieht die Möglichkeit lokaler Kriege vor, wobei sich die USA das Recht vorbehalten, Ort, Zeitpunkt und Methode der Kriegführung zu bestimmen. Ihre Konzeption sieht die Verstärkung aller Waffengattungen, dabei natürlich auch des strategischen Kernwaffenpotentials vor. Besonders zu beachten ist die Verstärkung

der Sondertruppen für die Führung von "Guerilla-Kriegen", deren Zahl von 1961 bis 1964 um das 6-fache erhöht wurde. Dies muß von uns beachtet werden, um keine Überraschungen zuzulassen und erforderliche Gegenmaßnahmen zu treffen.

Zu den Gegensätzen innerhalb der EWG.

Die Bemühungen um eine einheitliche Handelspolitik gegenüber dem sozialistischen Lager werden nicht von allen Mitgliedstaaten unterstützt. Sie verletzen z.T. ihre Verpflichtungen gegenüber der EWG. Westdeutschland tritt besonders scharf gegen Kredite für die sozialistischen Länder auf, vor allem wegen der Haltung der Sowjetunion in der Deutschland- und Westberlinfrage. Gegenüber der DDR versucht die Bundesrepublik politische Zugeständnisse für Kredite einzuhandeln.

Italien ist gegen Einschränkungen und hat der Sowjetunion einen geringen Bankkredit mit Laufzeit über 5 Jahre eingeräumt. Frankreich hat Kredite für 7 Jahre gegeben. England ist gegen jede Einschränkung auf diesem Gebiet. Gegen Importeinschränkungen aus dem sozialistischen Lager tritt z.B. Belgien auf, wo für gewisse Industriezweige die Gefahr der Lahmlegung droht. Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Benelux-Ländern stehen unmittelbar bevor.

Im Zusammenhang mit der Lage auf dem Agrarmarkt und mit dem einheitlichen Getreidepreis prüft Frankreich sogar die Frage seines Austritts aus der EWG.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Kennedy-Runde im November erwarten die USA eine Exportsunahme. Johnson trägt sich mit dem Gedanken, beim Ausbleiben von Ergebnissen evtl. zu zweiseitigen Verhandlungen überzugehen. Frankreich tritt scharf gegen die Erhöhung der Importe aus den USA auf. Starke Differenzen hat die 15-%ige Erhöhung der Importzölle durch Großbritannien ausgelöst.

Zur Untergrund- und Zersetzungstätigkeit der imperialistischen Mächte und ihrer Geheimdienste gegen das sozialistische Lager. - - - - -

Diese Tätigkeit ist planmäßig auf lange Zeit berechnet zur Spaltung des sozialistischen Lagers und zur Schaffung feindlicher Stimmungen gegen die sozialistische Ordnung in den einzelnen Ländern. Das offene Auftreten der Chinesen hilft bei der Schaffung günstiger Voraussetzungen für diese Tätigkeit. Experten der NATO schätzen ein, daß die chinesische Haltung einen Haupthebel für den Westen beim Hervorbringen nationalistischer Einstellungen darstellen wird.

Eine wichtige Seite sind die gegen die wirtschaftlichen Beziehungen der sozialistischen Länder innerhalb des RGW gerichteten Pläne. In der NATO wurde beraten, wie einzelnen Ländern Waren und Ausrüstungen verkauft werden können, die früher von anderen sozialistischen Ländern bezogen wurden, um dadurch objektiv gegen die Linie und die Pläne des RGW zu wirken. Die ökonomische Diversion wird betrieben durch Kredite und technische Lieferungen, um dadurch in einzelnen sozialistischen Ländern Wirtschaftszweige zu entwickeln, die nicht erstrangig erforderlich sind, aber eine Konkurrenz mit anderen sozialistischen Ländern, eine Überproduktion und dadurch Schwierigkeiten und andere Differenzen hervorrufen.

Die ideologische Diversion ist vor allem darauf gerichtet, die westliche Lebensweise, den Wohlstand, Demokratie usw. zu preisen, die sozialistische Ordnung zu kompromittieren, bestimmte wirtschaftliche Schwächen und Mängel als Folgen der sozialistischen Ordnung darzustellen. Sie richtet sich gegen angebliche Mängel des demokratischen Systems und übertreibt vorhandene und nicht vorhandene Gegensätze. Der Westen macht sich zum Fürsprecher der nationalen Selbständigkeit der sozialistischen Länder, wendet sich gegen den angeblichen Druck seitens der UdSSR.

BStU
000011

Zu den Plänen für die Untergrundtätigkeit.

Die USA rechnen kaum mit einer Lösung durch eine bewaffnete innere Konterrevolution. Daher stehen neben der ökonomischen und ideologischen Diversion im Vordergrund der Untergrundtätigkeit die Verstärkung der Spionagenetze, die Bildung kleiner konterrevolutionärer Gruppen, um sich selbst zu beruhigen und Unruhe im Fall von internationalen Komplikationen stiften zu können. Durch diese Tätigkeit sollen auch die eigenen Hoffnungen auf mögliche Veränderungen aufrechterhalten werden.

Die Geheimdienste konzentrieren sich mehr als früher auf die Einholung innenpolitischer und ökonomischer Informationen, besonders über Schwierigkeiten, Gegensätze, Probleme innerhalb des RGW, natürlich nach wie vor besonders über die Kampfstärke der sozialistischen Armeen, über die in den sozialistischen Ländern und in der Sowjetunion stationierten sowjetischen Waffen usw.

Teilweise werden die Agenturen für die Verbreitung von Gerüchten, das Versenden anonymer Briefe und die Verbreitung von Flugblättern besonders bei inneren Schwierigkeiten eingesetzt.

Im Zusammenhang mit der Verstärkung der Sondertruppe (Ranger) der USA wurde durch den amerikanischen Geheimdienst eine besondere operative Gruppe in Europa für die Vorbereitung von Sabotage und ~~die~~ Tätigkeit von Banden in den sozialistischen Ländern geschaffen.

In der Sowjetunion wurden nach den Veränderungen in der Spitze keine besonderen Feststellungen getroffen, die auf Versuche des Gegners schließen ließen, diese Lage im Innern der Sowjetunion auszunutzen. Die NTS versuchte im Ausland den Schein zu erwecken, als ob es in der Sowjetunion bestimmte Widerstandsgruppen gebe. Das darf uns aber nicht zur Ruhe verleiten. Bei bestimmten Überprüfungen wurde manchmal ein

gefährliches Selbstbewußtsein der Abwehroorgane festgestellt, obwohl es noch viele offene Kanäle für das Eindringen von Feinden in die Sowjetunion gibt (wurde anhand von Möglichkeiten erläutert, die durch kriminelle Verbrecher genutzt wurden).

Zu diesem Fragenkomplex wurden von uns in der zweiten Besprechung ausführlichere Ausführungen gemacht. Ausgehend von den Differenzen in der Spitze der Bundesrepublik wurde aufgezeigt, daß man nicht einfach von einer Ablehnung der französischen und eindeutigen Unterstützung der USA-Konzeption der westdeutschen Führung sprechen könne. Zu den Kernfragen der NATO, der MLF und den anderen Problemen gibt es Differenzen in der westdeutschen Führung, die beachtet werden müssen. Den führenden Exponenten des westdeutschen Imperialismus ist eines gemeinsam, daß sie die Differenzen zwischen den anderen NATO-Mächten auszunutzen bemüht sind, um ihre revanchistische Konzeption durchzusetzen und die entsprechenden strategischen Vorstellungen durchzusetzen und größere Konzessionen und Rechte in der atomaren Bewaffnung zu erhalten. Wir sehen dabei die verschiedenen Varianten, z.Z. aber die größte Gefahr in der MLF. Die Begründung dazu im einzelnen wurde verbunden mit der Feststellung, daß auf Grund der Differenzen innerhalb der NATO besonders günstige Möglichkeiten zur Verhinderung dieses Projekts und der Mobilisierung aller politischer Kräfte bestehen. Es wurde der Zusammenhang und die Gefährlichkeit zwischen der politischen Grundkonzeption des westdeutschen Imperialismus, seiner eigenen Vorstellungen über den Inhalt der Vorwärtsstrategie und der Problematik des "verdeckten Krieges" und den entsprechenden Vorbereitungen gezeigt. Ebenso der Zusammenhang dieser gefährlichen eigenen westdeutschen Konzeption mit den Maßnahmen der politischen und ökonomischen Diversion.

Genosse Semitschastny stimmte diesen Ausführungen zu und unterstrich die große Bedeutung unserer Informationen für das KfS.

Es müsse alles getan werden, um eine westdeutsche Beteiligung an Atomwaffen in keiner Form zuzulassen. Wenn Westdeutschland Atomwaffen erhält oder auch nur einen Finger am Abzug hat, kann man von den westdeutschen Revanchisten alles erwarten. Viel hängt von uns ab, das in keiner Form zuzulassen. Die Linie der Sowjetunion ist klar: Keinerlei Verbreitung oder Weitergabe von Kernwaffen an andere.

Was die USA betrifft, so rechnen sie gegenwärtig nicht mit der Möglichkeit von bewaffneten Aufständen. Sie werden kaum größere Kräfte von außen einschleusen oder einsetzen, auch nicht auf Kuba.

Wenn Westdeutschland Sondereinheiten ausbildet, so ist die Möglichkeit von Provokationen und evtl. auch der Einsatz größerer Kräfte nicht von der Hand zu weisen. Es gibt dazu keine sicheren Hinweise, aber politisch ist ihnen alles zuzutrauen. Sie könnten daran interessiert sein, durch Provokationen Voraussetzungen zu schaffen, die anderen NATO-Staaten in ihre Pläne einzubeziehen. Sie können daran interessiert sein, eine innere Unsicherheit in der DDR zu demonstrieren, um die Hoffnung auf die Realisierbarkeit ihrer Pläne aufrechtzuerhalten.

In der "Prawda" vom 30. 11. 1964 erschien ein Artikel über die Möglichkeiten der eigenen Produktion von Kernwaffen durch Westdeutschland. Das KfS hat für uns eine Auskunft auf der Grundlage unserer und anderer Informationen vorbereitet über die Einschätzung des militärischen Potentials der westdeutschen Kernforschung.

Der Verschiebung der durch die DDR angeregten Beratung des Konsultativrates des Warschauer Vertrages um einen Monat mißt Genosse Semitschastny keine grundsätzliche Bedeutung zu.

Genosse Sacharowski ergänzte dazu, daß die USA und Großbritannien keinen Atomkrieg wünschen und daß dies auch dem BND bekannt sei. De Gaulles benutze seine Kernwaffen zum Druck auf die anderen europäischen Länder, werde aber auch keinen Kernwaffenkrieg beginnen. Auch das sei Westdeutschland bekannt. Mit Westdeutschland ist dies anders. Von dieser Seite könne man eine Initialzündung erwarten, sobald sie dazu die Möglichkeit habe.

Zu unseren Feststellungen über die Auswirkungen des Adshubej-Besuches in Westdeutschland auf die Verstärkung der ideologischen Diversion, erklärten die Genossen, daß der Vorsitzende des KfS nach Eingang entsprechender Informationen im Präsidium des ZK vorstellig war. Diese Frage habe eine wesentliche Rolle gespielt.

Darüber hinaus habe das KfS die Frage aufgeworfen, daß andere sowjetische Stellen, besonders wissenschaftliche Institutionen, sich gegenüber der feindlichen Diversion oft zu passiv verhalten und dieses Einwirken des Gegners unterschätzen. Es sei notwendig, nicht nur darauf zu antworten, sondern offensiv aufzutreten und den eigenen Standpunkt darzulegen.

Bei der Behandlung der entsprechenden Frage erklärte Genosse S., daß die Leitung des KfS jede Information sehr ernst beachte und diese Linie auch durchsetze. Er verband diese Feststellung nochmals mit dem Dank für die Informationen und wichtigen Hinweise des MfS.

II. Zum Verhältnis zu China und Albanien.

Zu dieser durch Genossen Mielke gestellten Frage erklärte Genosse Semitschastny:

Das Verhältnis zu den Chinesen ist kompliziert und bleibt es. Die Chinesen beabsichtigten mit ihrem Besuch vom 7. November eine Demonstration, um zu zeigen, daß sie die Initiative ergreifen. Bei den in Moskau geführten Besprechungen wurde klar, daß die Chinesen die Aufhebung der Beschlüsse des XX. und XXII. Parteitages zur Bedingung machen, sonst hätten Beratungen keinen Sinn; sie seien zur Herstellung von Kontakten und zur Klärung dieser Frage gekommen und hätten keine Vollmachten zu verhandeln. Zu sämtlichen Vorschlägen der sowjetischen Genossen erklärten sie lediglich, sie würden darüber berichten, hätten aber im Grunde genommen alles abgelehnt. Da die KPdSU in den Grundfragen an ihrer Linie festhalte, gebe es keine Grundlage für Besprechungen.

Bei den Besprechungen wurde den Chinesen angeboten, sich auf jeder Ebene und an jedem Ort zu treffen. Sie erklärten dazu nur, daß sie darüber berichten werden.

Vor, während und nach ihrer Anwesenheit in Moskau veröffentlichte die chinesische Presse laufend Stellungnahmen aus albanischen, japanischen und neuseeländischen Zeitungen mit scharfen Angriffen gegen die Sowjetunion und Beibehaltung des alten Standpunkts. Die Reden der Genossen Breshnew und Kossygin wurden zwar veröffentlicht, aber so gesetzt, daß der chinesische Standpunkt klar war. Der in der "Roten Fahne" veröffentlichte Leitartikel habe alle alten Angriffe wiederholt und das Festhalten an der eigenen alten Linie bestätigt. Der Artikel der "Roten Fahne" wurde über Rundfunk laufend verbreitet.

Der Vorschlag der Sowjetunion, gegenseitig die Einnischung in die inneren Angelegenheiten einzustellen, sei ohne Reaktion geblieben. Die chinesische Presse druckte die niederträchtigen Angriffe der Kommunistischen Partei Japans ab, die die Forderung enthielten, daß nach Chruschtschow, der nur der Kern war, nun die ganze Leitung der KPdSU ausgerottet werden müsse.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag der KPdSU, die vorbereitende Beratung der Parteien auf März 1965 zu verschieben, sollte ein entsprechender Brief des ZK an Mao Tse-tung oder Liu Schao Tsi übergeben werden. Der Sowjetbotschafter wurde lediglich vom stellvertretenden Außenminister Liu Hsiao empfangen, der trotz des Hinweises, daß der Brief an das ZK gerichtet sei, von sich aus den Inhalt kommentierte und ablehnte. Er sprach sich dabei gegen jede Beratung aus und wiederholte die alten Anschuldigungen.

Es gibt somit nichts, was von einer Verbesserung der Beziehungen sprechen lassen könnte, auch keine Andeutungen dafür. Entgegen den Vorschlägen zur Einstellung der öffentlichen Polemik erklären die Chinesen offen, daß sie die Polemik für nützlich halten.

Ein halbes Jahr lang wurden von einer sowjetischen Delegation in Peking Verhandlungen über Grenzfragen geführt. Jetzt sind diese Verhandlungen nach Moskau verlegt worden, wo sie am 15. November wieder aufgenommen werden sollten. Bis jetzt liegt jedoch noch keine Antwort auf diesen Vorschlag vor. Die chinesische Seite verlangt, daß in den Vertrag die Feststellung aufgenommen wird, daß 2,5 Mio km² chinesischen Gebiets ungerechtfertigt und gewaltsam durch das zaristische Rußland angeeignet wurden. Sie erklären dazu, daß sie dieses Gebiet nicht verlangen, aber die Erklärung, daß hier Unrecht geschehen sei. Bei den konkreten Festlegungen verlangen sie z.B., daß bei Chaborowsk die Grenze am Amur verläuft, d.h. unmittelbar an der Stadt.

Auf die sowjetische Anfrage wegen der Erklärung Mao Tse-tungs gegenüber den japanischen ~~Kommunisten~~^{Sozialisten} zur Grenzfrage ist bisher keine Antwort erfolgt.

An der Grenze gibt es jetzt weniger Zwischenfälle. Dabei ist aber der Winter zu berücksichtigen. Bis zuletzt war die Lage nicht normal, ständige Grenzübertritte, freches Auftreten. Das stellt hohe Anforderungen an die Nerven der Grenztruppen.

Ähnlich sieht es in den anderen zwischenstaatlichen Beziehungen aus, auf dem Gebiet des Handels, der Kultur. Auch hier gibt es keinerlei Lichtblick, alles ist beim alten.

Während unseres Aufenthalts spielte sich folgender Vorfall ab:

Ein chinesischer Aspirant eines sowjetischen Professors hatte geäußert, daß er wahrscheinlich nicht nach China zurückgehen werde. Er wurde daraufhin zur chinesischen Botschaft bestellt und sollte zwangsweise nach China zurückgebracht werden. Er floh aus der Botschaft und wird seitdem von den Chinesen gesucht. Da sie vermuten, daß er sich im Haus des Professors aufhält, haben sie dieses Haus praktisch blockiert und laufend bewacht. Dagegen wurde beim chinesischen Botschafter protestiert.

In China wird die Stimmung weiter angeheizt und eine starke antisowjetische Hetze betrieben. Die Spaltertätigkeit gegen andere Partei wird fortgesetzt. Die Kommunistische Partei Indiens ist praktisch auseinandergefallen, die Kommunistische Partei Japans wird als Vorreiter benutzt, eine progressive Gruppe ausgeschlossen, Ähnlich geht man in Ceylon, Burma, Belgien usw. vor. Die Spaltergruppen werden offiziell unterstützt.

Zur Perspektive:

Von der Sowjetunion werden Schritte unternommen, Wege zur Herstellung wenigstens anständiger Beziehungen zu suchen. Es ist schwer zu sagen, was dabei herauskommt. Die Führung muß auch gegenüber der Partei geradestehen und kann nicht die Autorität der KPdSU ständig in den Schmutz ziehen lassen.

Zur chinesischen A-Bombe:

Es kann nicht beurteilt werden, ob es sich um eine echte Bombe oder um eine Propaganda-Bombe (Laboratoriumsversuch) handelt. Es sei kaum anzunehmen, daß man jetzt schon von einer ernsthaften militärischen Produktion sprechen kann.

Darauf deute auch die chinesische Erklärung hin, daß sie die Bombe nicht als erste anwenden werden. Man erwartet aber noch neue Schwierigkeiten, die sich aus der Führung der Chinesen ergeben.

Zu den Albanern:

Hier ändert sich nichts. Sie haben keine Delegation zum 47. Jahrestag entsandt und auch die entsprechende Aufforderung der Chinesen abgelehnt. Der ~~gemeinsame~~ albanische Artikel unter dem Vorwand einer Stellungnahme zum Memorandum Togliattis sei nach persönlicher Meinung von Genossen Semitschastny nicht von den Albanern, sondern von den Chinesen geschrieben. Er sollte eine Woche nach der Absetzung des Genossen Chruschtschow ein Versuchsballon sein.

Die Albaner verlangen von den sowjetischen Genossen eine Entschuldigung, ein Eingeständnis ihrer Fehler, die Aufhebung der Beschlüsse des XX. und XXII. Parteitages.

Es besteht evtl. die Absicht, sie zur Beratung des Konsultativrates des Warschauer Paktes und zur Tagung des RGW einzuladen, um ihre Reaktion festzustellen und ihnen Argumente zu nehmen.

Innerhalb Albaniens wird alles unterdrückt, werden Sicherheitsmaßnahmen und der Polizeiapparat verstärkt. Es werden Prozesse durchgeführt, aber es verschwinden Personen auch ohne Prozesse. Die ökonomische Lage Albaniens ist schwierig. Es wurde eine Grußadresse zum 20. Jahrestag der Befreiung geschickt.

Zur Lage in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ist es schwer, Näheres zu sagen. Sie fährt im chinesischen Fahrwasser. Es wird aber weniger auf die Sowjetunion geschimpft. Ähnlich ist es mit der Demokratischen Republik Vietnam.

Charakteristisch für die Haltung der Chinesen in Vietnam sind ihre ständigen Aufforderungen zu kämpfen, ohne daß sie sich selbst exponieren. Sie bemühen sich, die Sowjetunion in Konflikte mit den USA einzubeziehen. Als Vietnam von der Sowjetunion für bestimmte Einsätze Flugzeuge verlangte und erhielt, die Chinesen aber die Flieger stellen sollten, lehnten sie dieses ab, so daß sich einige Sowjetflieger in gefährlicher Weise exponieren mußten.

Die Hauptforderung der Chinesen gegenüber der Sowjetunion besteht darin, Beweise für den entschiedenen Kampf gegen den USA-Imperialismus zu liefern, sie fordern praktisch den Konflikt.

III. Zu den Befreiungsbewegungen in Afrika.
(Siehe dazu ausführlichen Vermerk).

Die gestellten Fragen wurden grundsätzlich von Genossen Semitschastny beantwortet und ausführlicher in einer besonderen Besprechung bei Genossen Sacharowski erörtert.

Die Arbeit in Afrika ist kompliziert. Der Gegner hat große Afrika-Erfahrungen und eine starke Agentur. Wir stehen am Anfang. Seit Aufnahme der Beziehungen durch sozialistische Länder und den sich daraus ergebenden größeren Möglichkeiten führt der Gegner aktive Maßnahmen zur Verhinderung unseres Einflusses durch. Der Kampf um den afrikanischen Kontinent ist ein scharfer Kampf, der mit hohem Einsatz von Mitteln geführt wird. Besonders die USA und Westdeutschland haben in letzter Zeit die Entsendung von erfahrenen Aufklärern aktiviert. Zwischen den Westmächten bestehen scharfe Gegensätze, sie kämpfen um ihren Einfluß, aber sie sind sich einig gegen die sozialistischen Länder. Um keine progressiven Stützpunkte, Institutionen oder sozialistische Organisationen aufkommen zu lassen, ist ihnen jede Provokation

und Mühe recht. Teilweise hatten sie damit Erfolg, wie in Guinea, wo sich auf Grund der französischen und amerikanischen Bemühungen^{die} Beziehungen zur Sowjetunion verschlechterten. Jetzt ist eine Ernüchterung eingetreten und eine guinesische Delegation ist mit großen Bitten in der Sowjetunion angereist.

Die Sowjetunion unterstützt die Befreiungsbewegung und die progressiven Kräfte im unversöhnlichen Kampf gegen den Imperialismus. Die sowjetische Aufklärung unterhält Kontakte zu den Führern der verschiedenen Befreiungsbewegungen und leistet eine große politische Arbeit gegen den Einfluß der imperialistischen Kräfte.

Entsprechend unserem Fragespiegel wurde die allgemeine Einschätzung zu den einzelnen Befreiungsbewegungen gegeben und grundsätzlich mitgeteilt, welche Organisationen durch die Sowjetunion gefördert und unterstützt werden.

Als besonders unterstützungswürdig wurden bezeichnet:

- Die MPLA von Angola;
- Die FRELIMO
unter Dr. Mondlane von Mocambique;
- Die UPC
unter Nsanga von Kamerun;
- Im Kongo die Gruppe um Soumialot
(d.h. auch Gizenga und Mulele).

Bei den Befreiungsbewegungen von Mocambique und Südrhodesien, die noch keine feste Basis im Land haben und deren gegenwärtige Führer nicht die notwendige Sicherheit bieten, kommt es zunächst besonders darauf an, die positiven Menschen festzustellen und zu studieren, um wirklich fähige Führer zu entwickeln, die eine richtige Nutzung der Hilfsmaßnahmen gewährleisten.

Zu den Perspektiven der Union Tanzania:

Die Union ist ein Sieg der Westmächte und Nyereres, wobei Nyerere eine außerordentlich schlechte Rolle spielte. Die Union übt einen starken Druck gegen die Erhaltung selbständiger Rechte durch Sansibar aus. Tanganjika hat eine Freiwilligenreserve von 4.000 Mann geschaffen und im Oktober ein Dekret über die bewaffneten Kräfte erlassen. Sansibar habe wenig Perspektive auf eine selbständige Entwicklung. Nyerere werde keine diplomatischen Beziehungen zur DDR herstellen und habe entsprechende Zusagen an die Westmächte gegeben.

In der Besprechung mit Genossen Sacharowski wurde auch auf der Grundlage unserer Darlegungen diese Einschätzung präzisiert. Sansibar müsse als Bastion des Fortschritts und als Faust in Tanzania unterstützt und gestärkt werden gegen alle Bemühungen um die Restauration durch die kolonialen und neokolonialen Mächte. Alle Anschläge der imperialistischen Mächte müssen abgewehrt werden, Sansibar muß ökonomisch unterstützt werden.

Eine weitere Gefahr drohe von den Plänen für eine ostafrikanische Föderation, die nicht zugelassen werden dürfen.

Die Arbeit des MfS auf Sansibar wird positiv eingeschätzt. Alle Ausgaben für Sansibar sind gerechtfertigt. Dabei kommt es besonders darauf an, den persönlichen Kontakt und Einfluß zu Karume zu festigen, die innenpolitische Lage in Sansibar stets genau einzuschätzen und auch die Politik der Union genau zu kennen. Die Tätigkeit der Sicherheitsorgane auf Sansibar müsse auch verfassungsmäßig abgesichert und abgedeckt werden, um keinen Vorwand für ein Einschreiten von außen zu geben.

Entscheidend ist ein genaues Kennen der Pläne der Engländer und Amerikaner im Zusammenhang mit der Union und gegen Sansibar.

Über die Einschätzung der Personen Hanga und Babu wurde Einmütigkeit erzielt, ebenso wie über die Notwendigkeit einer Einflußnahme.

Es wurden Maßnahmen zur Koordinierung, insbesondere im Zusammenhang mit der bevorstehenden Entsendung eines Vertreters des KfS, festgelegt.

Zum Büro für Afrikanische Angelegenheiten, Ghana:
Grundsätzlich unterstützt die Sowjetunion alle Wünsche, die von Präsident Nkrumah geäußert werden, obwohl diese oft kompliziert und problematisch sind. Nkrumah betrachte sich als Führer ganz Afrikas und habe entsprechende Pläne.

Nach dem ersten Anschlag auf Nkrumah hat die Sowjetunion Hilfe beim Aufbau des Apparates des persönlichen Schutzes durch Entsendung eines Beraters erwiesen, ebenso bei der Ausrüstung und Bewaffnung eines Wachbataillons einschließlich der Lieferung von schweren Waffen. Desweiteren haben sie einen Mitarbeiter zum Aufbau der Sicherheitsorgane entsandt, der sich noch dort befindet, aber wenig aktiv werden kann. Der Sicherheitsapparat ist noch nicht von imperialistischen Elementen gesäubert. Weiter wird beim Aufbau von Grenztruppen Unterstützung geleistet. Zehn Mann sollen in der Sowjetunion für den Kampf der Befreiungsbewegungen ausgebildet werden. Die uns vorliegenden Angaben über die Aufgaben des Büros für Afrikanische Angelegenheiten wurden bestätigt. Es wurden Angaben gemacht, welche Befreiungsbewegungen durch dieses Büro unterstützt bzw. nicht unterstützt werden. Der Leiter dieses Büros, Barden, ist ein Mann des Vertrauens Nkrumahs. Es gibt Informationen, daß Barden an Finanzmachinationen und Waffenschiebungen beteiligt ist. In diesem Zusammenhang gibt es Meinungen, daß er die Befreiungsbewegungen und das Prestige Ghanas kompromittiert. Afrikanische Führer, z.B. Zambias, sollen ihre Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Büros geäußert haben.

Das BAA hat für die von ihm unterhaltenen Lager für die Ausbildung von Kämpfern für Angola einen sowjetischen Instrukteur angefordert und erhalten. Sie wurden 1/2 Jahr ausgebildet. Jetzt haben sie Ausrüstungsgegenstände, Waffen und Lehrmaterialien für ein angebliches Lehrzentrum angefordert. Es besteht die Vermutung, daß dies in Wirklichkeit der Schaffung einer Sondertruppe dienen soll, die sowohl außen wie im Innern eingesetzt werden kann.

Die Genossen der CSSR hätten in Guinea und Mali bei ähnlichen Anforderungen die Erfahrung gemacht, daß sie als Berater ihr Wissen vermittelt hätten, ohne daß man ihnen etwas gezeigt habe. Danach seien sie verdrängt worden.

Insgesamt müsse bei dieser Arbeit beachtet werden, daß der Einfluß imperialistischer Agenturen und die Korruption noch stark verbreitet sind. So besitzt z.B. der Chef der ghanesischen Abwehr, der zur Besprechung in der Sowjetunion war, ein Haus in London.

Unsere direkten Fragen zu unserem weiteren Vorgehen gegenüber dem BAA wurden nicht eindeutig beantwortet. Man mußte entnehmen, daß den Wünschen entsprochen werden sollte, sofern die direkte Bestätigung durch Nkrumah vorliegt. Auch Waffenlieferungen an Ghana werden befürwortet.

Zur Einschätzung der Situation der Sicherheitsorgane Kubas:

Die Sicherheitsorgane bestehen seit 1959 und gehören zum Ministerium des Innern. Die Leiter der Aufklärung, Abwehr und PS sind praktisch selbständig und unterstehen direkt der Spitze. Es handelt sich meist um junge, gute und energische Menschen, ehemalige Angehörige der Bewegung des 26. Juli oder kubanische Kommunisten. Sie haben wenig Erfahrungen. In den Organen besteht keine Parteiorganisation.

Stark zu verzeichnen ist ein bestimmtes Partisanentum und der Wille zum Anheizen von Revolutionen in anderen lateinamerikanischen Ländern, ohne Berücksichtigung der konkreten Bedingungen. Die seit 1961 bestehende Aufklärung wird stark mit diesen Fragen beschäftigt.

Die Abwehr hat eine große Arbeit gegen die Konterrevolution geleistet, 1961/62 gute Erfolge erzielt und den aktiven Untergrund zurückgedrängt. Im Kampf gegen das Banditentum haben sowjetische Berater mitgeholfen. Nach kubanischer Einschätzung gibt es jetzt nur noch 70 - 80 aktive Banditen.

Die Beziehungen zum KfS sind seit 1960 eng. Es besteht eine sachliche Zusammenarbeit, ständige Hilfe mit Spezialisten, Ausbildung in der Sowjetunion, operativer Technik und Informationsaustausch. Die hohen Anforderungen der Kubaner besonders auf dem Gebiet der Technik sind nicht immer begründet. In Kuba arbeiten Berater auch auf der Linie der Aufklärung. Die Genossen haben Schwierigkeiten im Verbindungswesen zu den Agenturen und wissen z.T. nicht, was mit diesen ist.

Die sowjetischen Genossen helfen mit Informationen über Regimefragen, Dokumentation, Objektangaben in den USA, im Kampf gegen die Aufklärer kapitalistischer Staaten in Kuba. Die kubanischen Genossen sind aufmerksam und werten die Hinweise aus. Bei der Arbeit mit ihnen ist große Sorgfalt, Hilfe und Einsicht in ihre Probleme erforderlich.

Auf Grund unserer Fragen über bestimmte Erscheinungen in Kuba erklärte Genosse Sacharowski: In Kuba entscheidet alles Fidel. In diesem Zusammenhang gibt es Unzufriedenheit. Es werden falsche Beschlüsse gefaßt, und dann werden nachgeordnete Leiter wegen der auftretenden Mängel und Schwierigkeiten beschuldigt. Es gibt Schwierigkeiten

beim Aufbau der Parteiorganisation. In den Sicherheitsorganen gibt es noch keine Parteiorganisation. Es gibt Schwierigkeiten und Spannungen auf Grund der unterschiedlichen Herkunft der Mitarbeiter aus der Bewegung des 26. 7., des Direktorats und der Kommunisten. Die Haltung der Führung sei im Zusammenhang mit der Affäre Eskalante, dem Prozeß Rodriguez und der z.Z. laufenden Untersuchung gegen Ordoka unklar, ob es sich dabei bewußt oder unbewußt um eine antikommunistische Tendenz Fidels handle. Die politische Lage ist kompliziert, und es herrscht tatsächlich große Unzufriedenheit.

Es sei entsprechend unseren Interessen unbedingt erforderlich, seitens des MfS einen offiziellen Kontakt zu den kubanischen Organen herzustellen. Bei unserer Problemstellung sollten wir mit unterstreichen, daß wir durch unsere Tätigkeit die antiamerikanischen Tendenzen in Lateinamerika fördern wollen. Konkrete Vorgänge sollten dabei nicht dekonspiriert werden.

IV. Zu Fragen der Mob-Arbeit.

Genosse Semitschastny stimmte zu, daß eine Zusammenkunft von Fachleuten für dieses Gebiet stattfindet.

V. Zur Erfassung und Auswertung des Reiseverkehrs. operativen

Besprechung mit Genossen Babkow, Besichtigung des elektronischen Zentrums und des Nachrichtenzentrums in der 2. Hauptverwaltung. Die Erfassung erfolgt z.Z. nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Ein- und Ausreise von Ausländern aus nichtsozialistischen Staaten;
2. Reiserouten und Geographie der Reisetätigkeit;
3. Aufklärer und verdächtige Ausländer;
4. Diplomatenreisen.

Die Ein- und Ausreiseabschnitte ersetzen jetzt das Visum und enthalten ein Lichtbild. Z.Z. wird mit dem Institut für Kriminalistik an dem Problem der Bilderfassung und Analyse gearbeitet. In der Perspektive ist die Erfassung wichtiger Verbindungen und Angaben aus der Postkontrolle, verdächtiger Sowjetbürger und des Rückflusses über dem Gegner bekanntgewordene geheimzuhaltende Angaben vorgesehen.

VI. Verschiedenes.

1. Gemeinsame Maßnahmen gegen die Verjährung von Kriegsverbrechen.

Die sowjetischen Genossen wollen über die Botschaft in Berlin im Namen der Staatsanwaltschaft der UdSSR an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR Anfang Dezember den Vorschlag richten, DDR-Experten zum Studium von Nazidokumenten in den Archiven der UdSSR zu entsenden. Nach Sichtung und Auswahl entsprechenden Materials soll dies dann offiziell und öffentlich an die DDR übergeben werden. Dazu soll seitens der UdSSR eine Erklärung des Komitees der Kriegsveteranen oder der Sowjetregierung abgegeben werden sowie ein Appell sowjetischer Juristen mit entsprechendem Protest erfolgen.

Die Genossen sind der Ansicht, daß sich das MfS dabei einschalten wird und rechnen mit der Entsendung einer Gruppe von 5 - 6 Mann in nächster Zeit, möglichst mit russischen Sprachkenntnissen.

2. Die sowjetischen Genossen bereiten eine Auskunft aus vorliegenden Materialien vor, die für die Entlarvung von Nazidiplomaten benutzt werden kann.
3. Die Genossen schnitten nochmals die Frage des Internationalen Seminars gegen die Nazigenerale in der Bundeswehr an.
4. Das KfS mißt den Maßnahmen zur Entlarvung der Zusammenarbeit zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Israel große Bedeutung bei. Die bisherigen Maßnahmen hatten schon Erfolg, wobei die Bemühungen des MfS anerkannt werden. Die sowjetischen Genossen haben bestimmte Möglichkeiten in Syrien, die bereits dazu geführt haben, daß das syrische Außenministerium der Regierung eine ausführliche Einschätzung der westdeutsch-israelischen Zusammenarbeit übermittelt hat, in der die von uns gemachten Angaben bestätigt werden. In diesem Zusammenhang macht das syrische Außenministerium aufmerksam, daß sich aus dieser Haltung der BRD die Konsequenz der Herstellung diplomatischer Beziehungen zur DDR ergeben könnte, was unweigerlich zum Abbruch der Beziehungen zu Westdeutschland führen werde. In diesem Zusammenhang wurden alle staatlichen Stellen aufgefordert, eine genaue Analyse der Beziehungen zur DDR und zur BRD und die zu erwartenden Folgen beim Abbruch dieser Beziehungen zu erarbeiten.
5. Die sowjetischen Organe verfügen über Angaben, daß sich ein ehemaliger Gehilfe Eichmanns in Syrien aufhält, der vom BND liquidiert werden sollte, weil er zuviel weiß.

6. Genosse Semitschastny bekundete nochmals das besondere Interesse des KfS an den Vorgängen St. und Ch. Es wurde vereinbart, daß das KfS alle neuen Angaben dem MfS übergibt.

7. Zur Frage des Genossen Minister Mielke über die Erfahrungen mit der Unterstellung der Grenztruppen unter das KfS erklärte Genosse Semitschastny, daß sich diese Unterstellung nach allen früheren Erfahrungen bei anderen Unterstellungsverhältnissen voll bewährt habe. Dies sei auch die Meinung der Grenztruppen. Es handle sich beim Grenzdienst nicht einfach um einen Wachdienst. Es gehe um die agenturmäßige operative Absicherung der Grenze mit allen Mitteln. Dazu müsse auf beiden Seiten der Grenze mit Agenturen gearbeitet werden. Also müsse das KfS sowieso an der Grenze tätig sein und ein Parallelismus wäre nicht gerechtfertigt. Die prinzipielle und praktische Entscheidung bei der Bearbeitung von Grenzverletzungen wäre bei jeder anderen Unterstellung viel komplizierter. Dasselbe gilt für die Bearbeitung des grenzüberschreitenden Ausländerverkehrs an den Kontrollpunkten. So sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Abwehr, Aufklärung und Grenze unkompliziert und gewährleistet. Das Verteidigungsministerium habe ganz andere Aufgaben. Besonders deutlich zeige sich dies bei der Behandlung von Zwischenfällen jetzt an der chinesischen Grenze. So können die Fragen durch das KfS als einem politischen Organ beweglich und richtig entschieden werden.

Der beste Platz für die Grenztruppen sei beim KfS, sie seien keine große Belastung, aber eine große Hilfe für die Abwehr und Aufklärung.

8. Zum Vorgang "Tag" erklärte Genosse Semitschastny, daß die USA durchaus solche App^{ra}aturen haben könnten. Die Sowjetunion hätte derartige portative Apparaturen nicht.

In diesem Zusammenhang wurden auch Fragen der Sicherheit der Chiffre und des Dechiffrierens durch den Gegner behandelt, der mit diesem Mittel besonders auf militärischem Gebiet große Erkenntnisse gewinnt. Ein Mitarbeiter des Dechiffrierdienstes der USA habe eine Prämie von 100.000 Dollar erhalten.

9. Die sowjetischen Genossen übergaben auf Grund unserer Anforderungen eine Reihe wissenschaftlich-technischer Informationen und Dokumentationen der wissenschaftlich-technischen Aufklärung auf dem Gebiet der Chemie, besonders der Kunststoff- und Kunstfaserproduktion.

Genosse Semitschastny bezeichnete die Beziehungen zum MfS als gut. Er dankte besonders für die guten Informationen und hob dabei einige Objekte, aus denen die Informationen stammen, hervor. Diese Informationen seien eine große Hilfe bei der Orientierung von Partei und Regierung der Sowjetunion.

Die Informationen auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Aufklärung seien ebenfalls sehr wertvoll und wichtig. Er danke dafür ganz besonders.

Eine große Hilfe und wertvoll sei die Arbeit des MfS bei der Unterstützung der sowjetischen Militärabwehr zur Sicherung der Sowjetarmee auf dem Gebiet der DDR.

Die sowjetischen Genossen haben dazu den Wunsch, anlässlich des 15. Jahrestages des MfS eine große Gruppe von Mitarbeitern des MfS auszuzeichnen, die bei der Beschaffung politischer Informationen, wissenschaftlich-technischer Informationen und bei der Sicherung der Sowjetarmee besondere Verdienste haben. Sie bitten um Zustimmung und erwarten entsprechende Vorschläge.

Genosse Mielke dankte zum Schluß der Besprechung für die wertvollen Informationen, die im Verlauf der Besprechung gegeben wurden.

Er stellte die volle Übereinstimmung der Auffassungen fest und den Wert solcher Zusammenkünfte, die die Möglichkeit geben, grundsätzliche und praktische Fragen der operativen Arbeit rasch zu klären und zu lösen. Dabei wurde nochmals unterstrichen, daß in bezug auf die Verschärfung der Lage in bestimmten Fragen und die Notwendigkeit entsprechender Gegenmaßnahmen dieselben Auffassungen bestehen. Genosse Mielke dankte besonders für die Offenheit und Herzlichkeit in unseren Beziehungen. Er hob dabei die gute Zusammenarbeit mit dem Apparat des KfS in der DDR hervor und lud Genossen Semitschastny zu einem Besuch in die DDR ein.

Genosse Mielke übermittelte die Grüße der Genossen Ulbricht und Honecker an Genossen Semitschastny und die leitenden Genossen des KfS.

Genosse Semitschastny teilte die Einschätzung über den Wert der Beratung. Er dankte für die gute Zusammenarbeit mit dem KfS und seinem Apparat in der DDR. Er dankte für die Grüße der Genossen Walter Ulbricht und Honecker und bat, diese herzlich zu erwidern.